

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Hauptredaktion: Postfachnummer 25 241
Kurz für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30,- M., vierteljährlich 90,- M.
Die 1 spaltige 3. und 4. Zeile 7,- M., außerhalb Sachsens 8,- M. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1 spaltige 2. und 3. Zeile 5,- M. Vorzugspolizeien und Verträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 1,50 M., Sonntagsausgabe 2,- M.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unerlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Reisen Sie nie ohne **Reisegepäck-Versicherung**, die für alle Reisen und Aufenthalte von Verlassen der Wohnung bis zur Heimkehr besteht. — Policen sofort bei **Emil Preuß, Versicherung, Mosczinskystr. 1.** Telefon: 14154 und 14514 Drahtwort: Policepreuß

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Transportable Herde
in Schmeldeisen und Guß — Bevorzugte Fabrikate
Prometheus-Gaskocher und Herde
Florian Czockerts Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Außenminister Rathenau ermordet.

Der Mörder im Automobil entkommen.
Berlin, 24. Juni. Nach einer amtlichen Mitteilung wurde heute vormittag der Reichsminister Dr. Rathenau, kurz nachdem er seine Villa im Grunewald verlassen hatte, um sich ins Auswärtige Amt zu begeben, erschossen. Er war sofort tot. Der Täter fuhr im Auto nebenher und kausierte nach vollbrachter Tat weiter. (W. T. B.)

Berlin, 24. Juni. Näheres über die Ermordung und die Ergreifung des oder der Täter ist zurzeit noch nicht bekannt. Das Kabinett ist sofort, wie wir hören, zusammengetreten. Die Nachricht von der Ermordung des Ministers, die sich im Reichstag schnell herumgesprach, hat die größte Empörung und Aufregung hervorgerufen. Auf der linken Seite spricht man von einer organisierten Mörderzentrale. Alles weitere dürfte die baldige Untersuchung ergeben. Man rechnet mit der Möglichkeit eines allgemeinen Streiks gegen die neue politische Morde.

Über die Ermordung des Außenministers gehen uns nun anderer Berliner Schriftleitung folgende Darstellungen an:
Dr. Rathenau wollte sich im Auto von seiner Wohnung in Grunewald zu einer Prüfung von Konsuln nach Berlin begeben. Er fuhr kurz vor 11 Uhr ab. Vier Minuten später schrie das Auto mit seiner Leuchte zurück. Das Attentat wurde von einem anderen Auto aus verübt, in dem sich, soweit festgestellt werden konnte, drei Männer befanden, die eine Anzahl Schüsse auf Rathenau abgaben und auch eine Handgranate schleuderten. Rathenau wurde durch einen Schuss in den Mund getötet. Das Attentat wurde von der Gasse der Königs-Allee und der Grunewald Straße her verübt, eine Woge, die um diese Zeit wenig belebt ist und viel Verkehr aufweist. Das Reichskabinett ist jetzt mit dem Reichspräsidenten und dem preussischen Ministerpräsidenten versammelt, um über die Lage zu beraten. Alle öffentlichen Gebäude, so auch das Reichstagsgebäude, sind auf Halbtag geschlossen.

Es ist eine fürchterliche, kaum fassbare Stunde, die in dieser Meldung des offiziellen Telegraphenbureaus in alle Welt hinausgetragen wird. Kaum ist der Prozeß gegen v. Klinger in Offenburg, in dem das Drama der Ermordung Erzbergers nochmals aufgeführt wurde, zu Ende gegangen, da wird Deutschland und mit ihm das ganze zivilisierte Erdrund schon wieder durch eine Mordeat emporgeschreckt, die den deutschen Außenminister Dr. Rathenau einem jähen Tode überliefert hat. Wer der Täter ist, welchen gesellschaftlichen Kreisen er angehört, zu welcher politischen Partei er sich zählt, welche Beweggründe ihn geleitet haben, darüber ist bis jetzt auch nicht die geringste Andeutung laut geworden, und jeder ruhige Beurteiler, der sich seiner Verantwortung vor der Nation bewußt ist, wird daher alles vermeiden, was durch vorschnelle, nicht genügend begründete Vermutungen einen gefährlichen Brand in das öffentliche Empfinden werfen könnte. Vor allem wird ganz Deutschland ohne Unterschied der Partei darin einig sein, daß diese neue Untat, verübt an einem Mann, der sich zu einer führenden Stellung in der deutschen Außenpolitik aufgeschwungen hatte, die schärfste Verdamnung verdient, die über ein so schweres Verbrechen überhaupt ausgesprochen werden kann. Eine solche Tat ist eine Schande für die ganze Nation, die dadurch bestet wird, und ihr Verübler ist mit allen Folgen, die sich daraus in weiterer Wirkung ergeben, moralisch belastet. Namentlich ist zu fürchten, daß die sowieso schon mit Staub mehr als genug erfüllte innerpolitische Atmosphäre bis zu einer gewitterschwüle gespannt wird, die heftige Entladungen des Radikalismus gegen die Rechtsparteien im Gefolge hat.

Schon bei der Ermordung Erzbergers trat das kampflose Bestehen der radikalen Elemente in die Erscheinung, unbedenken und ohne überzeugende Beweise die Tat mit parteipolitischen Intrigen und geheimen Organisationen an rechtsgerichteter Elemente in ursächlichen Zusammenhang zu bringen, und der Dämon, der damals bei dem einen Volksteil gegen den andern ausbrach, war so abgrundtief, daß man nur mit Schauern an die Möglichkeit eines allerniedrigsten Wiederanstehens jener die Nation in zwei feindliche Lager spaltenden Agitation denken kann. Pflicht jedes wahrhaft national empfindenden Deutschen ist es daher, gegenüber diesem verabscheuungswürdigen Verbrechen Ruhe, Besonnenheit und Zurückhaltung im Urteil zu üben, und vor allem die nächsten Ergebnisse der Untersuchung abzuwarten, bis über die zur Zeit noch völlig in Dunkel gehüllte Schredensstat die ersten greifbaren Anhaltspunkte vorliegen, aus denen sich wenigstens ein ungefähres Bild der Zusammenhänge entnehmen läßt. Vorläufig tarpt man noch vorsichtig im Finstern, und es gilt nun für die deutsche Öffentlichkeit, zu zeigen, daß sie sich durch den verbrecherischen Wahnsinn eines Mörders nicht zu Handlungen hinreißen läßt, die den inneren Frieden zerstören und die Nation in zwei Kampflager trennen.

Selbst wenn es sich herausstellen sollte, daß den Mörder politische Beweggründe geleitet hätten, selbst wenn er als einzelner Fanatiker durch einen bis zur Raserei gesteigerten

Ingrimm gegen die Erfüllungspolitik zu seiner Untat getrieben worden sein sollte, so müßte die eigene Würde und die Achtung vor dem inneren Friedens- und Ruhebedürfnis des ganzen deutschen Volkes den Radikalismus davon abhalten, das Verbrechen parteipolitisch auszunutzen. Daß durch etwaige politische Motive die mörderische Tat auch nicht um ein Zitielchen weniger verdammenwert gemacht werden könnte, braucht nicht besonders betont zu werden, weil es selbstverständlich ist. Es sind Tage voll schwerer Unruhe und Sorge, denen unser hartgesichtiges Volk nun wieder entgegengeht. Der ehrliche Vaterlandsfreund kann nur lebhaft wünschen, daß das drohende Gewitter ohne schwere Entladung vorüberziehen und auf allen Seiten patriotische Verbundenheit die Handlungen und Entschlüsse der verantwortlichen politischen Führer lenken möge.

Ungeheurer Tumult im Reichstag.

Tätliche Angriffe der Kommunisten und Unabhängigen auf General v. Schoch.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 24. Juni. Der Reichstag trat heute vormittag 11 Uhr zusammen, um über die geschäftlichen Dispositionen für die nächsten Tage zu beraten. Er hatte seine Verhandlungen jedoch begonnen, als der frühere Reichstanzler Abg. Fehrenbach erschien und mitteilte, daß der Reichstanzler eben die Nachricht von der Ermordung des Ministers Rathenau übermittelte habe. Infolgedessen brach der Reichstag seine Sitzung sofort ab, wollte aber später nochmals zusammentreten, um die näheren Dispositionen für den Verlauf der heutigen Sitzung zu treffen. Die heutige Sitzung ist auf 12 Uhr anberaumt. Augenblicklich ist der Reichstag aber noch nicht zusammengetreten. Die für 12 Uhr anberaumte Sitzung ist vorläufig noch hinausgeschoben worden. Um 12 1/2 Uhr kam es im Sitzungssaal, wo sich bereits viele Abgeordnete aufhielten, zu einem ungeheuren Tumult.

Der Abgeordnete General v. Schoch (D. Vp.), der in der Wandelhalle mit Abgeordneten der Linken in einem Wortwechsel geriet, war in den Sitzungssaal eingetreten, wo Mitglieder der Unabhängigen und Kommunisten mit lautem Geschrei auf ihn eindrangen und auf ihn einschlugen. Von allen Seiten kürzten Abgeordnete herbei, ebenso die Beamten des Reichstages. Die Besucher der Tribüne hatten sich in höchster Erregung von ihren Plätzen erhoben. Schrilte Schreie wurden laut. Es gelang schließlich dem Abgeordneten v. Schoch, in den Arbeitsraum der Stenographen zu bringen, dessen Eingangspforte geschlossen wurde.

Um 12 30 Uhr erschien Präsident Loebe im Sitzungssaal und erklärte, er könne im Augenblick die Sitzung nicht eröffnen. „Warten Sie mir aber die bringende Bitterkeit“, fuhr er fort, „tätlichkeits in diesem Saal zu unterlassen.“ (Zürmischer Jurist, u. a. vom Abg. Malchow (Rom.); laut mit den Deutschnationalen!) „Ich möchte alle Abgeordneten bitten, den Sitzungssaal zu verlassen, bis die Sitzung beginnt.“ (Wiederholte Ausdrücke auf der linken Seite.) Schließlich verließen die meisten Abgeordneten den Sitzungssaal. Während man auf die Eröffnung der Sitzung wartet, erscheint durch die Tür der Rechten der unabhängige Abgeordnete Unterleiner, hält einen Eichenlaubstrauch mit schwarz-weiß-rotem Bande in die Höhe und ruft: „Für Herrn Velferich abgeben!“ (Recht. Plutische auf der Linken; Jurist auf der Tribüne: Das ist eine iname Fäule!) Abg. Unterleiner gab nachher an, daß der Strauß von einem 15jährigen jungen Menschen soeben nach der Wandelhalle gebracht worden sei.

Die Folgen der Ermordung des Marshalls Wilson für die englische Regierung.

London, 24. Juni. Der parlamentarische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, die Regierung laufe gewisse Gefahr, im Unterhause bei der Debatte über Irland am nächsten Montag eine Niederlage zu erleiden, wenn die augenblickliche geringste Zustimmung im Parlament Austritt des Staatssekretärs des Innern verlangt. Auch der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Express“ ist der Ansicht, daß die Ermordung Wilsons für die Regierung ernste Folgen haben könne. (W. T. B.)

Unruhen in Belfast.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 24. Juni. In Belfast ist es heute zu heftigen Unruhen gekommen. In mehreren Straßen fanden heftige Kämpfe statt. Eine große Anzahl von Personen wurde verwundet, einige tödlich.

Das ungewisse Schicksal der Getreidemlage.

Berlin, 24. Juni. Durch die Ablehnung der Getreidemlage durch den Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages ist eine schwierige Lage entstanden, die jedoch, wie die „Germania“ schreibt, im allgemeinen nicht als kritisch beurteilt wird. Es machte sich immer stärker bemerkbar, daß unter dem Zwange der auswärtigen Lage alle beteiligten Parteien erubiert bemüht seien, eine Verständigung herbeizuführen. Wie die Morgenblätter noch mitteilen, scheint es, als ob die Verständigung dahingehen werde, daß die landwirtschaftlichen Bestimmungen bis zu 10 Hektar völlig und bis zu 20 Hektar mit 5 Hektar von der Um Lage frei bleiben sollen.

Das Klebe-Ministerium in Sachsen.

Das sächsische Ministerium, das den neutralen Namen Rud führt, während ihm die ganze Aktivität durch den rührigen, beweglichen und scharf bürgerumfeldlichen Lipinski verliehen wird, macht noch immer keine Miene, in der Verlesung, in die es längst gehört hätte, zu verschwinden, sondern wurdelt fort, genau so, als wenn weiter gar nichts geschehen wäre, als wenn nicht der Landtag durch Ablehnung sowohl des Justiz- wie des Polizeietats dem Kabinett mehr als deutlich, geraden in Kraft zu verfehlen gegeben hätte, daß es dahin gewünscht wird, wo der Pfeffer wächst. Ein solches Verhalten unter solchen Umständen bezeichnet man mit dem politischen Fachausdruck des „Klebens“, womit ja auch in der Tat der beängstigende Zustand des nicht Lösens des von den Ministerseffeln treffend umschrieben wird. Daß die rein sozialistische Regierung in Sachsen überreif zum Abgang ist, braucht nicht nochmals des Näheren dargelegt zu werden; ich brauche nicht nochmals des Näheren dargelegt zu werden; die Spaten stecken es nachgerade von den Dächern. Worauf wartet das Kabinett also eigentlich noch? Bedarf es erst eines hydraulischen Druckes, um diese hartnäckigen Herrschaften von dem Klebeverhältnis, in dem sie zu ihren Ämtern stehen, zu befreien? Die Regierung will erst die Abstimmung über den Gesamtetat abwarten, ehe sie etwas Entscheidendes unternimmt, und dabei rechnet sie bereits sicher damit, daß die Kommunisten umfallen und sich wieder, wie üblich, auf die Seite der Rechtssozialisten und Unabhängigen schlagen werden, nachdem sie diesen eine empfindliche Lektion über die Abhängigkeit der Regierung von der kommunistischen Gnade erteilt haben und daraufhin hoffen dürfen, daß auf dem Wege des politischen Anbändels allerlei für sie zu erreichen sein wird. Ist dann die Klippe des Gesamtetats glücklich umschifft, so wird das Klebeverfahren fortgesetzt bis zur Erledigung des Volkenscheids über die Auflösung des Landtags, und erst, wenn der Volkenscheid der bürgerlichen Sache den Sieg bringt, die Neuwahlen durchgeführt sind und der neue Landtag versammelt ist, erst dann gedankt die Regierung die letzte Seite ihrer Rockschöße, mit denen sie noch an den Ministerseffeln klebt, zu lösen, um den Platz zu räumen, weil dann schlechterdings kein anderer Ausweg übrig bleibt. Artikel 29 der sächsischen Verfassung schreibt nämlich ganz klar und zweifelslos vor, daß nach jeder Neuwahl des Landtags das Gesamtministerium neu gebildet werden muß. Durch dieses Hinauszögern des Rücktritts stellt sich die Regierung in offenem Gegensatz zu dem Geiste der demokratisch-parlamentarischen Verfassung, indem sie sich eine überragende Stellung gegenüber dem Landtag beibringt, die ihr in Wirklichkeit keineswegs zukommt. Die Regierung benimmt sich so, als wenn sie gewissermaßen die Verkraft darstellte, der gegenüber der Landtag das zweifelhafte Element wäre, als wenn sie als der alleinberichtigende Geist über den Wässern schwebte. In Wirklichkeit ist das Verhältnis aber gerade umgekehrt: der Landtag ist der alleinige Träger der Souveränität, und die Regierung ist lediglich ein Werkstück seines souveränen Willens. Der Ministerpräsident wird vom Landtag gewählt, und wenn er auch das Klebehat, nach vollzogener Wahl die übrigen Mitglieder des Ministeriums selbst zu ernennen, so bedürfen diese doch ebenfalls zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtags, und man kann daher sagen, daß auch sie indirekt aus dem Willen des Landtags hervorgehen. Das Gesamtministerium sowohl wie jeder einzelne Minister muß zurücktreten, wenn der Landtag durch ausdrücklichen Beschluß ihm das Vertrauen entzieht oder direkt seinen Austritt fordert. Der Landtag nimmt also in der sächsischen Verfassung durchaus die führende Stelle ein, und er kann manches Ministerium im Wechsel der Monate kommen und gehen sehen, ohne daß er selbst dadurch in seinem Bestande erschüttert wird, falls nicht, wie gegenwärtig, außergewöhnlich ungünstige Verhältnisse vorliegen.

Größer, nachdrücklicher und deutlicher, als er durch die Verwahrung der beiden Etats geschehen ist, kann einer Regierung überhaupt nicht befunden werden, daß sie nicht mehr das zu ihrer Amtsführung erforderliche Vertrauen des Landtages besitzt, und wenn sie dennoch fortfährt, im Amt zu verharren, wenn sie „klebt“, so handelt sie sowohl dem Ansehen wie dem Geiste der Verfassung zuwider. Wie ist ein solches befremdliches Verhalten, das so ganz und gar jeder demokratischen und parlamentarischen Anschauungsweise widerspricht, psychologisch zu erklären? Die Antwort erahnt sich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie verschiedenartig der Besitz der Macht auf die Menschen in nach ihrer besonderen Veranlagung wirkt. Der Mensch der Macht läßt entweder einen erzieherischen oder einen beauftragenden Einfluß aus. Tritt der erstere Fall ein, so begannen die ehemaligen Parteipolitiker, die sich nun mit der Bürde der amtlichen Verantwortung belastet sehen, die Dinge im Lichte der Realpolitik zu betrachten und dementsprechend zu handeln. Da erkennen sie dann, daß sie nicht mit dem Kopie durch die Wand rennen können, sondern daß sie von den in der Theorie verkörperten „Wunderjahren“ ihres Programms mancherlei opfern müssen, was sich, im Lichte der Praxis befehen, nicht verwirklichen läßt. Diese Erfahrung machten sogar schon die ideologischen Schwärmer der ersten französischen Revolution und daraus ent-